

MUSTERREFERAT II  
=====

Zur dritten Ueberfremdungsinitiative  
der "Nationalen Aktion"

---

(Eidgenössische Volksabstimmung vom 20. Oktober 1974)

Gegen die Ueberfremdungs-Initiative der Nationalen Aktion

(Sprechdauer des gesamten Textes: ca. 40 Minuten; der seitlich angestrichenen Stellen allein: ca. 25 Minuten mit weiteren Straffungen reduzierbar auf 20 Minuten. - Das Referat kann mit den nötigen sprachlichen Anpassungen auch schweizerdeutsch gehalten werden, was sich meist empfiehlt. Im übrigen ist es vor allem als Arbeitsunterlage des Referenten gedacht. - Für mehr Details siehe graue Broschüre "Eine masslose Initiative".)

**Untaugliche Initiative**

Die unter der Bezeichnung «Volksinitiative gegen die Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz» eingereichte Verfassungsinitiative der Nationalen Aktion hat folgenden Wortlaut:

«Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Artikel 121 der Bundesverfassung und gemäss Bundesgesetz vom 23. März 1962 über das Verfahren bei Volksbegehren auf Revision der Bundesverfassung, folgendes Begehren:

Artikel I

Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 wird wie folgt ergänzt:

I.

Artikel 69<sup>quater</sup>

- a) Der Bund trifft Massnahmen gegen die Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz.
- b) Die Zahl der jährlichen Neueinbürgerungen darf 4000 nicht übersteigen.
- c) Der Bundesrat sorgt dafür, dass die Zahl der Ausländer in der Schweiz 500000 nicht übersteigt. Für die Kantone beträgt der Anteil maximal 12 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung; Ausnahme Kanton Genf: 25 Prozent.
- d) Bei der Zahl der Ausländer unter Ic nicht mitgezählt und von den Massnahmen gegen die Überfremdung und Übervölkerung ausgenommen sind: 150000 Saisonarbeiter (welche sich nicht länger als zehn Monate und ohne Familie in der Schweiz aufhalten); 70000 Grenzgänger; das Spitalpersonal und die Angehörigen diplomatischer und konsularischer Vertretungen.

II.

Artikel 69<sup>quater</sup> tritt sofort nach Annahme durch Volk und Stände und dem Erwerbungsbeschluss der Bundesversammlung in Kraft.

Der Abbau ist bis zum 1. Januar 1978 durchzuführen. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung vermindert sich um die Zahl der Einbürgerungen ab 1. Dezember 1970.

Das Initiativkomitee verzichtet ausdrücklich auf die Rückzugsklausel. Verbindlich für den Text ist die deutsche Fassung.»

Einleitung

Eidgenössische Abstimmung am 20. Oktober 1974. Bundesrat und Parlament empfehlen, die Initiative zu verwerfen.

Sie verlangt, dass innert drei Jahren über 500'000 hier wohnhafte Ausländer abgebaut werden, ausserdem 70'000 oder mehr Saisonarbeiter und Grenzgänger. Im weiteren würde die Initiative die Einbürgerungen vermindern.

Man muss sich vorstellen, was die Initiative bedeutet. Innert drei Jahren müssten im Mittel jeden Monat 15'000 bis 16'000 Ausländer über die Grenze gestellt werden. Das wäre eine brutale Massnahme, und der Schweiz selber gar nicht zuträglich. Diesen Standpunkt nimmt auch Nationalrat James Schwarzenbach ein, der sich von der dritten Ueberfremdungsinitiative entschieden distanziert hat, da er sie für den Mittelstand und das Gewerbe als besonders gefährlich und ausserdem staatspolitisch belastend beurteilt.

Andererseits ist unbestritten, dass man die Ausländerzahl begrenzen soll. Der Bundesrat hat schon vor mehr als zehn Jahren begonnen, die Einreisen zu beschränken. Darauf ist der grosse Einreisestrom tatsächlich zurückgegangen. Später hat er die Beschränkungen verschärft. Der Bundesrat hat versprochen, der Bestand der erwerbstätigen Jahresaufenthalter und Niedergelassenen werde stabilisiert.

Das Versprechen hat er eingehalten - dieser Bestand ist heute kleiner als 1969, nämlich 596'000 gegenüber damals 603'000. Weiter zugenommen hat aber der Bestand der nichterwerbstätigen Ausländer.

Um den Gesamtbestand der Ausländer zu stabilisieren, erwerbstätige und nichterwerbstätige zusammen, hat der Bundesrat neuerdings die Vorschriften über die Einreise von erwerbstätigen Ausländern noch einmal verschärft.

### Rückblick

Es ist nicht erst heute so, dass in der Schweiz viel Ausländer leben. 1914 war der Ausländeranteil fast so gross wie heute. Ein Teil jener Ausländer ist wieder ausgereist, der grössere Teil aber hat sich mit der schweizerischen Bevölkerung vermischt. Nach dem zweiten Weltkrieg kam es wieder zu einer grossen Einwanderung. Die Schweiz hatte viel Beschäftigung zu bieten, während in anderen Ländern Arbeitslosigkeit herrschte. Ausserdem ging in unserm Land der Anteil der Erwerbstätigen unter den Einheimischen zurück, vor allem wegen der Zunahme der älteren Jahrgänge. Da füllten die Ausländer eine Lücke aus.

Lange Zeit nahm man allgemein an, die Beschäftigung von Ausländern werde in diesem Ausmass nicht anhalten. Die Konjunktur werde nicht andauern, und wenn ein Rückgang eintrete, würden viele Ausländer wieder ausreisen. Das war die sogenannte Puffer-Theorie: danach bildeten die Ausländer eine Art Arbeitskraftpuffer. Aber die Annahme bestätigte sich nicht. In der ganzen Welt stieg sogar die Nachfrage nach Waren und Leistungen. In der Schweiz blieb die Vollbeschäftigung - zum Glück - erhalten.

Dieser Umstand hatte auch Folgen für die Ausländerpolitik. Man konnte nicht mehr damit rechnen, dass wegen einem Rückgang der Beschäftigung viele Ausländer wieder ausreisen würden. Im Gegenteil wurde es nötig, die Einreisen zu beschränken. Die ersten staatlichen Beschränkungen wirkten sich nicht sofort aus, und schlugen noch nicht voll durch, aber der Anfang war gemacht.

Auf der andern Seite konnten Ausländer bei längerem Aufenthalt nicht mehr so behandelt werden, wie wenn sie nur ganz provisorisch hier anwesend wären. Das möchte sich ein Schweizer im Ausland auch nicht bieten lassen. Man musste ihnen mehr und mehr den Familiennachzug bewilligen. Nach Gesetz und Staatsverträgen erhielten auch immer mehr Ausländer die unbefristete Niederlassungsbewilligung. Auch musste man die Bewilligung für mehrjährige Saisonarbeiter, die jeweils den grössten Teil des Jahres bei uns arbeiten, in Jahresbewilligungen umwandeln.

Damit haben wir die beiden Ziele der Bundesmassnahmen genannt: erstens, die zahlenmässige Begrenzung der Ausländer, zweitens, die Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse, soweit die Ausländer länger hier bleiben. Die Initiative verfolgt ein ganz anderes Ziel; sie will einen abrupten gewaltsamen Eingriff.

#### Ausländerkategorien; Erwerbsgruppen

Ein paar Zahlen (zur Information des Referenten; nicht unbedingt in Referat aufnehmen):

Ausländische Wohnbevölkerung (Ende 1973)	Total	davon erwerbstätig	
- Niedergelassene	575'000	287'000	(50 %)
- Aufenthalter	478'000	308'000	(64 %)
	<u>1'053'000</u>	<u>595'000</u>	(57 %)

Saisonniers (Höchststand August 1973)	194'000	194'000	(100 %)
Grenzgänger (Ende 1973)	98'000	98'000	(100 %)

(Die Nationale Aktion bringt oft diese Zahlen durcheinander. Dann ist eine Klarstellung angebracht).

Man spricht viel von Ausländern schlechthin. Aber es gibt wichtige Unterschiede. Beginnen wir mit dem Grenzgänger. Er wohnt im Ausland und kommt nur tagsüber zur Arbeit über die Grenze. Der Saisonarbeiter lebt zwar in der Schweiz, aber nicht das ganze Jahr; er darf die Familie nicht nachziehen. Der Jahresaufenthalter erhält die Bewilligung für das ganze Jahr; nach einer gewissen Frist kann er den Kanton und die Stelle wechseln und die Familie nachziehen. Nach einer bestimmten Frist, die z.B. für Italiener 10 Jahre beträgt, erhält der Aufenthaltler die Niederlassungsbewilligung. Sie ist unbefristet. Die Jahresaufenthalter und Niedergelassenen rechnet man zur Wohnbevölkerung, nicht aber die Saisonniers, was man bei Zahlenvergleichen beachten sollte.

Wo arbeiten die erwerbstätigen Ausländer? Gut ein Drittel in der Industrie, gut ein Viertel im Baugewerbe, etwa ein Neuntel im Gastgewerbe, mehr als ein Viertel in anderen Erwerbszweigen, z.B. im Gesundheitswesen.

#### Ueberfremdung

Von der heutigen ausländischen Wohnbevölkerung sind gut die Hälfte Niedergelassene, etwas weniger als die Hälfte Jahresaufenthalter. Zusammen machen sie etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung aus. Die Nationale Aktion tut, als ob diese Ausländer total andere Wesen als wir Schweizer wären. Sicher bestehen Unterschiede, aber letzten Endes sind es Menschen, die nicht viel anders leben möchten als wir auch. Sehen wir uns immerhin die Unterschiede an.

Ein grosser Teil der Ausländer - aber längst nicht alle - kommen aus andern gesellschaftlichen Verhältnissen und besitzen ein geringeres Bildungsniveau als der durchschnittliche Schweizer. Das heisst aber nicht, sie seien von Natur aus dümmer! Die Unterschiede gehen viel weniger als man meint auf natürliche Anlagen und viel mehr auf die frühere Umgebung und den Bildungsstand zurück.

### Geburten, Kinder

Aber, heisst es etwa, die Ausländer sind auch darin anders, dass sie viele Kinder produzieren. Daran ist richtig, dass momentan die Geburtenzahl der Ausländer grösser ist als ihr Anteil an der Bevölkerung. Doch findet dies seinen Grund darin, dass die Ausländer im Mittel etliches jünger sind als die Schweizer. Es kamen begreiflicherweise vor allem junge Leute zu uns, und dass es die jungen Leute sind, die Kinder auf die Welt stellen, ist nichts Neues. Auf verheiratete Ausländerinnen trifft es etwa gleich viel Geburten wie auf verheiratete Schweizerinnen gleichen Alters. Da besteht kaum ein Unterschied. Der Unterschied in der Geburtenzahl rührt einzig von unterschiedlichen Altersaufbau her. Und hier macht sich allmählich die Korrektur, indem mit jedem Jahr die hier anwesenden Ausländerinnen weniger Geburten verzeichnen werden. Der Rückgang der Ausländergeburten hat denn auch bereits eingesetzt (von 29'900 im Jahr 1969 auf 27'100 im Jahr 1975).

Es ist voraussehbar, dass mit der Aenderung der Altersstruktur die Ausländer eines Tages überhaupt keinen Geburtenüberschuss mehr aufweisen. Aber was geschieht mit den hier geborenen Ausländerkindern? Soweit sie nicht mit den Eltern in die alte Heimat zurückkehren, nehmen sie rasch unsere Sprache und unsere Gewohnheiten an. Sie assimilieren sich sozusagen vollständig. Von den Ausländerkindern droht uns keine Ueberfremdung.

### Ueberfremdung hat andere Ursachen

Und von den Erwachsenen? Die ausländischen Arbeitskräfte, meist aus einfachen Verhältnissen stammend, sind zu allerletzt imstande, die schweizerischen Bräuche und Gewohnheiten zu verändern. Es bleibt ihnen im Gegenteil nichts anderes übrig, als sich mehr oder weniger anzupassen. Sie wissen auch, dass die Schweizer ein anderes Verhalten gar nicht akzeptieren würden. Unser Schweizer-tum leidet nicht unter ausländischen Arbeitskräften, die ja keinerlei massgebende Positionen einnehmen. Was wir vom Ausland übernehmen, das gelangt zu uns durch das Fernsehen, durch Zeitungen und Zeitschriften und mittels Auslandsreisen. Weder die englischen Modewörter noch die internationalen Kleidermoden oder weitere Sitten und Unsitten haben wir von unseren ausländischen Arbeitskräften übernommen. Wir hätten sie auch übernommen, wenn kein einziger Ausländer in der Schweiz lebte. Wollte man schon von einer Überfremdung sprechen, so ginge sie auf unser eigenes Konto.

### Umweltschutz

Aehnliches ist von der Umweltbelastung zu sagen. Das Auto, die Oelheizung und andere moderne Produkte haben uns nicht die ausländischen Arbeitskräfte mitgebracht. Wir selber wollten diese Neuerungen, und wir benützen sie mehr als die hier lebenden Ausländer. Der Umweltschutz ist überhaupt kein besonderes Ausländerproblem, sondern in allererster Linie unser eigenes. Nur mit Hilfe des technischen Fortschrittes, der es verursachte, können wir es auch wieder lösen. Massnahmen sind getroffen und werden ausgebaut; man denke an das neue Gewässerschutzgesetz oder an den Entwurf zu einem umfassenden Umweltschutzgesetz. Wir würden diese Massnahmen auch brauchen, wenn sämtliche Ausländer aus unserem Land auswanderten.

### Doktrin der Nationalen Aktion

Es ist schwierig, mit den Vertretern der Nationalen Aktion über diese und andere Fragen zu diskutieren, denn sie gehen von einer sehr eigenartigen Doktrin aus. Fassen wir sie kurz zusammen:

Die Nationale Aktion nimmt an, dass die Menschheit infolge Uebervölkerung am Verhungern sei, dass es weltweit zu Katastrophen und Kriegen komme, und dass uns Schweizern in dieser Situation kein anderer Weg offenstehe, als uns zur möglichst totalen Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln zu entscheiden. Es sei auch gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen anzukämpfen. Dies alles sei jedoch nur mit einer stark reduzierten Bevölkerung machbar. In dieser Doktrin äussert sich gleichzeitig ein regelrechter Hass auf das moderne Wirtschaften, auf die Industrie und das Bauwesen. Der Traum der Nationalen Aktion wäre ein stilles Ländlein mit wenig Leuten, ohne viel Verkehr und Betrieb, eine "Gute alte Zeit", zu deren Propagierung sie in Panik über die heutigen Zustände macht.

### Traum von der Absonderung der Schweiz

Was ist zu dieser Doktrin zu sagen? Die Uebervölkerung ist in vielen Ländern ein Problem. Doch nicht bei uns, wie wir noch dartun werden. Im übrigen, wenn die Theorie der grossen internationalen Katastrophe und des Kampfes aller gegen alle stimmen würde, glaubt jemand im Ernste, dass ausgerechnet die Schweiz sich fein säuberlich davon fernhalten könnte, in ungestörter Selbstgenügsamkeit? Das ist völlig undenkbar. Wir würden mit in den Strudel gezogen. Eine Lösung der Weltprobleme ist nötig, aber sie ist nur auf Weltebene zu realisieren. Wir können nicht für uns allein Weltprobleme lösen.



Der Nationalen Aktion schwebt die möglichst volle Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln vor. Wir würden die Importe zum grössten Teil stoppen, und der Export würde auf ein Minimum hinabgesetzt. Das nennt man Autarkie, das heisst, wirtschaftliche Abschnürung vom Ausland. Wir würden ganz oder weitgehend aufhören, Metalle, Kohle, Erdöl, Baumwolle, Speiseöl, Getreide oder Kaffee einzuführen, schon weil wir mangels genügend Export das Geld gar nicht hätten, um die Einfuhren zu bezahlen. Wir würden eine bettelarme Nation, wenn wir hauptsächlich aus dem eigenen Boden leben sollten. Nur aus dem eigenen Boden zu leben, war der Schweiz schon vor hundert Jahren und schon vor mehreren Jahrhunderten nicht möglich, als sie eine viel kleinere Bevölkerung hatte. Es ist ein gewaltiger Trugschluss, man brauche nur die Bevölkerung zu reduzieren, um sodann in grösster Zufriedenheit selbstgenügsam leben zu können.

Uebrigens würde der Ausländerabbau der Initiative nicht genügen, um das Ziel der Initianten zu erreichen. Man müsste auch die Zahl der Schweizerbürger bis auf die Hälfte herabsetzen. Wie das zu machen wäre, wissen auch die Initianten nicht genau. Vor allem aber gäbe es aus dem Traum von der "Guten alten Zeit" ein böses Erwachen. In Wirklichkeit sind die wenigsten Mitbürger bereit, auf die modernen Errungenschaften und auf den bisher erreichten Wohlstand zu verzichten (bildlich gesprochen: mit ein paar Geschwellten und einen Strohsack vorlieb zu nehmen). Es ist leicht, vom einfachen Leben zu schwärmen - solange man nicht Ernst damit machen muss.

#### Bevölkerung / Uebervölkerung?

Noch ein Wort zur Bevölkerung und Uebervölkerung. Die Nationale Aktion erweckt absichtlich den Eindruck, als ob in der Schweiz mit einer gewaltigen Bevölkerungszu-

nahme zu rechnen sei. Dabei sollte auch sie wissen, dass nach der höchsten Prognose aus den letzten Jahren die Bevölkerung bis 1990 kaum um einen Zehntel zunehmen würde. Nach neuen Berechnungen, die sich auf die neuen Entwicklungen stützen, beträgt die Zunahme bis 1990 unter Umständen nur knapp 1 Prozent; praktisch gesprochen rechnet man mit einem Stillstand.

Im übrigen ist die heutige Bevölkerungsdichte der Schweiz - Einwohner pro km<sup>2</sup> - denn doch eindeutig geringer als z.B. in Deutschland oder England. Bei zweckmässiger Planung ist die heutige Bevölkerungsdichte erträglich. In der "Guten alten Zeit" lebte man trotz kleinerer Bevölkerung viel enger und ungesünder; viel schlechter. Und wiederum sind es nicht die ausländischen Arbeitskräfte, die besonders viel Raum beanspruchen, im Gegenteil, der Raumbedarf pro Schweizerbürger ist grösser (Strassen, Wohnungen, Ferienorte).

### Infrastruktur

Ebenso ist es eine Fabel, dass die Ausländer unsere Infrastruktur übermässig belasten. Gewiss, die Ausländer brauchen Arbeitsplätze. Aber ihre Arbeit finanziert den Arbeitsplatz wie jenen eines Schweizers. Die Ausländer, Aufenthaltler und Niedergelassene, sind zu 57 % erwerbstätig, Saisoniers und Grenzgänger zu 100 %, die Schweizerbürger jedoch zu weniger als 45 %. Die Ausländer leisten somit insgesamt einen hohen Produktionsbeitrag, während sie alles in allem weniger Infrastruktur beanspruchen als Schweizer:

nach wie vor wohnen sie in Mittel einfacher und belegen zum Teil Wohnungen, für die sich Schweizer nicht interessieren; der hohe Wohnungsbau - nur mit vielen ausländischen Arbeitern möglich! - hat seine Ursache in der grossen Wohnungsnachfrage der Schweizer;

auf den Erwachsenen, die eingereist sind, erspart sich die Schweiz die Bildungskosten;

hinsichtlich Motorisierung, Ferienwohnungen und ähnlichem stehen die ausländischen Arbeitskräfte noch hinter den Schweizern zurück;

in Spitalpflege begeben sich Ausländer mindestens nicht mehr als Schweizer (auf die Ausnahme der Frauenspitäler kommen wir zurück), und in Pflege- und Altersheimen findet man sehr wenig Ausländer, aber ohne ausländisches Personal könnten viele Spitäler den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten (Pflegepersonal teils bis zu 2/5 Ausländer).

die teuersten Bildungseinrichtungen - Mittel- und Hochschulen, Spezialschulen - werden in viel höherem Grade von Schweizern besucht.

In bestimmten Ortschaften, aber nicht allgemein, hat es verhältnismässig viele Ausländerkinder unter den Primarschülern. Und in den Frauenspitälern fallen die Ausländergeburten ins Gewicht. Das sind die beiden einzigen Faktoren mit einer ansehnlichen Belastung durch die Ausländer. Wegen der Abnahme der Geburtenzahl sind sie aber vorübergehender Natur. Zudem werden sie mehr als kompensiert durch die geringere Belastung auf andern Gebieten.

#### Abbaurechnung

Die Gründe, die für die Initiative vorgebracht werden, sind nicht stichhaltig. Aber gegen die Initiative sprechen vollends ihre Folgen. Die Initiative verlangt den Abbau der ausländischen Wohnbevölkerung auf 500'000 Personen. Effektiv wäre der zulässige Bestand weniger als 500'000, weil die Einbürgerungen ab Ende 1970 abgerechnet würden. Wohl werden das Spitalpersonal und die internationalen Funktionäre vom Abbau ausgenommen. Trotzdem müssten auf Grund der Initiative rund 560'000 Jahresaufenthalter und Niedergelassene abgebaut werden, und etwa 70'000 bis 80'000 Saisonarbeiter und

Grenzgänger (d.h. Saisonniers bis auf Maximalbestand von 150'000 und Grenzgänger von 70'000). Der Abbau würde in der grossen Mehrheit Arbeitskräfte treffen, etwa 400'000, und nur zum kleineren Teil Familienangehörige.

Die Initiative bestimmt auch, der Ausländerartikel dürfe in keinem Kanton mehr als 12 % der Schweizerbürger betragen (Ausnahme: Genf 25 %). Das heisst aber nicht, dass die Kantone mit einem niedrigeren Ausländeranteil vom Abbau ausgenommen wären. Damit 560'000 Personen abgebaut werden könnten, müssten nämlich ausnahmslos alle Kantone daran glauben. So hätte jeder Kanton damit zu rechnen, dass ihm mindestens zwei Drittel seiner ausländischen Jahresaufenthalter entzogen würden.

#### Wortbruch gegenüber Niedergelassenen

Von den Jahresaufenthaltern könnte man nicht restlos alle heimschicken (was übrigens immer noch nicht ausreichen würde). Die Ausweisung wäre also auch auf Personen mit unbefristeter Niederlassungsbewilligung auszudehnen. Die Schweiz müsste die Niederlassungsverträge mit andern Ländern kündigen, mit allen üblen Folgen für die Schweizer im Ausland, die nämlich ihrerseits den staatsvertraglichen Schutz verlieren würden. Im weitern würde die Schweiz wortbrüchig gegenüber allen, denen sie die Niederlassungsbewilligung als formelles Recht zum unbeschränkten Aufenthalt schon erteilt hat. Eine wortbrüchige Schweiz passt schlecht zu den nationalen Tugenden, auf welche die Nationale Aktion grossen Wert legt.

#### Ausweisung: Vorwände der Initianten

Freiwillig ausreisen würde der kleinste Teil der Ausländer. Man brauchte also einen gewaltigen Apparat, um zu bestimmen, welche 15'000 bis 16'000 pro Monat die Schweiz zu verlassen

hätten, wieviele aus welchen Landesteilen, Branchen und Betrieben, und um die Ausweisung sicherzustellen. Alles innert drei Jahren!

Der Präsident der Nationalen Aktion erklärte dazu, er bestehe nicht auf der Dreijahresfrist. Das hätte er sich früher überlegen müssen. Denn diese Frist ist in der Initiative verbindlich vorgeschrieben, in der Initiative, wie sie dem Bürger zum Entscheid vorliegt, und an der nichts mehr geändert werden kann.

Noch toller ist die Ansicht des Präsidenten der Nationalen Aktion, wenn die Durchführung der Initiative Schwierigkeiten bereite, müssten die Behörden halt Notrecht anwenden. Notrecht wendet man nur im Extremfall an, in einem ausgesprochenen Notstand. Will der Präsident der Nationalen Aktion gesagt haben, die Initiative schaffe einen ausgesprochenen Notstand? Jedenfalls stellt seine Aeusserung das Bekenntnis dar, dass die Initiative der Schweiz die grössten Schwierigkeiten bereiten würde.

#### Behinderung der Eingliederung und Assimilierung

Das Borgehen der Initianten verhindert auch eine vernünftige Eingliederung und allfällige Assimilierung der länger oder dauernd hier bleibenden Ausländer. Die Initianten behaupten allerdings, die Ausländer bildeten ohnehin einen grossen, nicht assimilierbaren Block. Die tägliche Erfahrung beweist das Gegenteil. Je länger ein Ausländer hier lebt, umso weniger füllt er auf, umso mehr nimmt er unsere Gewohnheiten an, und empfindet keinerlei Lust, sich von der schweizerischen Umwelt abzusondern. Die Abbau- und Begrenzungsvorschriften der Initiative würden erfordern, dass die Ausländer möglichst in einem Provisorium gehalten würden. Bis auf weiteres wären keine neuen Niederlassungsbewilligungen mehr zu erteilen, weil sie den Abbau erschweren würden. Wir würden lange anwesende Ausländer diskriminieren, statt sie in unsere Verhältnisse richtig einzugliedern.

### Einbürgerungen

Dazu gehört auch das Initiativbegehren, die jährlichen Neueinbürgerungen seien auf maximal 4000 zu begrenzen. Die Einbürgerungen zerfallen in die ordentlichen Einbürgerungen, in die Wiedereinbürgerungen (vor allem gebürtige Schweizerinnen) und die erleichterten Einbürgerungen (vor allem Kinder gebürtiger Schweizerinnen). Ob die Initiative mit den "Neueinbürgerungen" nur die ordentlichen Einbürgerungen meine, ist eine offene Frage. Die gesamten Einbürgerungen machten in der letzten Zeit um 7'500 im Jahr aus, die ordentlichen Einbürgerungen allein gegen 6000, wovon nicht einmal ein Drittel auf Italiener entfiel. Eingebürgert wurden u.a. auch zahlreiche ungarische Flüchtlinge.

Die Einbürgerungszahl ist bescheiden; verglichen mit der Bevölkerung schweizerischer Nationalität ist sie viel geringer als vor 50 und 60 Jahren. Die Einbürgerungen noch zu reduzieren, auf 4000 im Jahr, wäre widersinnig. Das würde nicht zuletzt bedeuten, dass Tausende von assimilierten jungen Ausländern, die hier aufgewachsen sind, nicht eingebürgert werden dürften; sie würden künstlich zu "Fremden" abgestempelt und in die Absonderung getrieben.

### Wirtschaft expandiert nicht

Die Nationale Aktion nennt als Wirkung ihres Begehrens eine "Gesundshrinkung". Wie gesund die Shrinkung wirtschaftlich und sozial wäre, werden wir gleich sehen. Zuerst aber ist der Behauptung der Initianten entgegenzutreten, die schweizerische Wirtschaft befinde sich heute noch in einer Expansion. Das Gegenteil ist richtig. Die Beschäftigtenzahl stagniert und nimmt sogar etwas ab. Was im besondern die Industrie betrifft, ist ihre Beschäftigtenzahl von 1966 auf 1973 um 8 % zurückgegangen. Von Expansion oder Breitenwachstum ist keine Rede mehr.

### Kein Ersatz für Ausländer

Aber nach wie vor ist bekanntlich der Arbeitsmarkt ausgetrocknet, und langfristig geht die Erwerbsquote der Schweizerbürger weiter zurück. Ein Abbau von 400'000 Arbeitskräften gemäss Initiative würde eine gewaltige Lücke reissen. Ersatz ist nicht vorhanden, und die Aufforderung, der Schweizer solle auf den freien Samstag verzichten, wäre kaum sehr erfolgreich.

### Wirtschaft für alle

Eine Minderung der Produktion im Ausmass von 400'000 Beschäftigten mindert das gesamte Volkseinkommen; da gibt es nichts daran zu rütteln. Dies ist nicht nur eine Sache der Unternehmer. In der Nachkriegszeit hat sich die Kaufkraft der Löhne mehr als verdoppelt (die reale Kaufkraft nach Abzug der Geldentwertung). Der Konjunkturaufschwung kam allen zugute. Der gefährliche Aderlass durch die Initiative würde seinerseits alle treffen.

### Mehr Inflation?

Eine der unsinnigen Behauptungen der Initianten lautet, mit ihrem Begehren kämpften sie gegen die Inflation. Was passiert denn, wenn 400'000 Arbeitskräfte weniger verfügbar sind? Die Verknappung führt zu einem Lohnauftrieb, wie noch nie, und damit zu einem viel rascheren Drehen der Lohn/Preisspirale. Die Initiative wirkt eindeutig inflationär. Die Produktion geht zurück, aber lang nicht entsprechend die Nachfrage. Angebot und Nachfrage werden noch mehr auseinandergezerrt, was unweigerlich die Inflation anheizt.

### Mehr Steuern und Abgaben?

Nicht nur am privaten Verbrauch würde sich wenig ändern, sondern auch an den öffentlichen Aufgaben. Viel einsparen

liesse sich durch den Ausländerabbau nicht. Nun zahlen aber die Ausländer Steuern und Abgaben wie Schweizer (in den meisten Kantonen Quellensteuer für Saisoniers und Jahresaufenthalter). 400'000 Steuerzahler weniger, das würde auf die Mehrbelastung der übrigen Steuerzahler hinauslaufen. Erst recht wäre die AHV betroffen: die Ausländer zahlen vor allen Beiträge und beziehen, weil sie meist in jüngeren Jahren stehen, wenig Renten. Der Ausfall von Beitragzahlern würde entweder die Kürzung der Renten oder die Erhöhung der Beiträge bedingen. Auch der Präsident der Nationalen Aktion rechnet, wie er öffentlich sagte, mit einer saftigen Erhöhung der AHV-Beiträge, wenn die Initiative angenommen würde.

#### Dienstleistungen, Versorgung der Allgemeinheit

Viele Arbeit, die der Schweizer nicht mehr so schätzt, wird von Ausländern verrichtet. Wer würde diese Arbeiten nach dem Abbau übernehmen? Vielleicht die Schweizer, die wegen dem Ausländerabbau ebenfalls ihre Stelle verlieren würden ... Man kann diese Arbeit nicht einfach ausrationalisieren, schon gar nicht in den Dienstleistungen (Transporte, Gastgewerbe, Coiffeur, Wäscherei usw.). Es ist heute schwierig, genug Dienstleistungen zu erhalten. Dank Beschäftigung von Ausländern ist es noch einigermaßen gelungen.

Der Bundesrat erwähnt in seinem Bericht zur Initiative, dass sie auch die Versorgung mit Nahrungsmitteln treffe. Denn Betriebe wie Metzgereien, Bäckereien, Käsereien, Molkereien, Gemüsegärtner, Konservenfabriken seien auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Weil Schweizer kaum mehr zu finden seien. Jedermann würde den massiven Abbau an eigenen Leib verspüren.

#### Schaden der Betriebe = Schaden der Arbeitnehmer

Die Wortführer der Initianten geben sich ziemlich gleichmütig hinsichtlich der Schwierigkeiten, die den Betrieben er-



wachsen würden. Was in den Betrieben geschieht, interessiert sie wenig. Doch ist es eben so, dass das Schweizervolk aus der Arbeit in den Betrieben lebt. Ihr Schicksal kann ihm nicht gleichgültig sein. Leere Arbeitsplätze, wie sie der Abbau gemäss Initiative verursacht, bedeuten Kapitalverluste, schlechtere Erträge und damit eine schwächere Stellung in der Konkurrenz. Die Folgen des schlechteren Geschäftsganges treffen auch die Arbeitnehmer.

Wenn eine grössere Zahl Beschäftigte ausfallen, so kann ein Betrieb nicht mehr auf die gleiche Art produzieren. Er kann z.B. nicht überall einen Teil des Personals einsparen, sondern muss namhafte Produktionsumstellungen vornehmen, etwa die eine Betriebsabteilung schliessen. Manche Betriebe müssten überhaupt schliessen. Von teilweisen oder völligen Schliessungen werden auch schweizerische Arbeitnehmer erfasst! In bestimmten Gebieten und Branchen gäbe es Arbeitslosigkeit - Arbeitslosigkeit als Folge der Initiative. Und die Krise beispielsweise in einer Fabrik würde sich auf ihre Lieferanten und auf Handel und Gewerbe in der Region übertragen.

#### Wo es am härtesten trifft

Ein massgebender Initiant (H.R. Bachofner) sagte zu den Folgen der Initiative: "Das einzige, was den schweizerischen Arbeitnehmern passieren kann, ist, dass sie ihre Arbeit wechseln müssen". In einem gewissen Sinne mag er mit seinem zynischen Spruch recht haben, aber in einem Sinne, der dem Schweizer nicht passt. Das heisst nämlich: wenn im Toggenburg, im Glarnerland oder im Freiburgischen Leute stellenlos werden, so können sie ja in die grossen städtischen Zentren ziehen. Dort werden sie schon Arbeit finden - fragt sich nur, welche. Und immerhin fragt sich auch, was der Schweizer zu Umsiedlungen und Umstellungen im grossen Massstab meint, besonders wenn auch ältere Arbeitnehmer betroffen wären.

In der Tat, die Initiative verknüpft die Arbeitskraft. Darauf würden die Betriebe, die es sich leisten können, versuchen, die benötigten Arbeitskräfte zu sich zu ziehen. Man könnte ihnen daraus nicht einmal einen Vorwurf machen. Benachteiligt wären aber die wirtschaftlich weniger starken Betriebe und Regionen. Sie würden erst recht geschwächt. Die Initianten sind erklärte Gegner der Verstädterung, der Zusammenballung der Bevölkerung. Aber just ihr Begehren würde diese Erscheinungen begünstigen. Was sich heute an Betriebs-schliessungen und Umstellungen in der Wirtschaft ereignet, ist ein Kinderspiel im Vergleich zu den Folgen der Initiative. Am härtesten wäre die Initiative für das Gewerbe, den Fremdenverkehr, die kleine und mittlere Industrie, und für die wirtschaftlich weniger stark entwickelten Regionen.

#### Dirigismus als Ausweg?

Auch das wollen die Initianten nicht wahrhaben. Sie nehmen Zuflucht zu einem Kunstgriff. Er besteht darin, eine staatliche Kontingentierung und Zwangszuteilung aller Arbeitskräfte, Schweizer wie Ausländer, zu postulieren. Der Staat soll die einen Betriebe rigoros von Arbeitskräften entblößen - so nach den Worten eines Initianten. Andern Betrieben würde er Arbeitskräfte zuteilen. Der Staat würde also bestimmen, wieviele Leute wo zu arbeiten hätten, welche Branchen ein Existenzrecht hätten und welche nicht. Ein solcher Dirigismus ist klar abzulehnen. Die Initiative enthält übrigens keine Kompetenz zu solchen Eingriffen, und das Schweizervolk würde einer solchen Kompetenz nie seine Zustimmung geben. Aber der Vorschlag sagt etwas über die Einstellung führender Initianten und über den Geist der Initiative aus.

Die Rezepte der Initianten - Notrecht, Umverteilung von schweizerischen Arbeitnehmern, Dirigismus - beweisen vor allem, dass die Initiative, so wie sie verbindlich lautet,

die allerschwersten Konsequenzen hätte. Sonst wären nämlich die zusätzlichen Eingriffe und Kunstgriffe, mit denen die Initianten operieren wollen, überhaupt nicht nötig. Die Initianten widerlegen sich selber.

### Schluss

Die Initiative der Nationalen Aktion verdient nichts anderes als eine eindeutige Ablehnung. Sie wäre, wie der Präsident der Nationalen Aktion selber sagte, eine "Amputation". In aller Regel sind Amputationen mit schweren Gefahren und Schäden verbunden. Die Initiative ist ein brutaler Eingriff, ist wirtschaftlich schädlich und ist unsozial. Man lasse sich nicht durch eine emotionelle Propaganda für die Initiative einnehmen, sondern bewahre ruhig Blut. Es gibt bessere Massnahmen.

Diese besseren Massnahmen sind nicht in einen Gegenvorschlag des Parlamentes zur Initiative enthalten. Es hätte sich nicht gerechtfertigt, zu einer derart masslosen Initiative einen Gegenvorschlag zu präsentieren. Abgesehen davon wurde die Initiative ohne Rückzugsklausel eingereicht, was besagte, dass die Initianten ohnehin auf Biegen und Brechen an der Initiative festhielten und zum vorneherein nicht um einen Schritt entgegenkommen wollten.

Hingegen steht das Nötige in den geltenden Vorschriften des Bundes. An sich haben schon die Vorschriften von 1970 die Einreise Erwerbstätiger sehr scharf reduziert, auf eine Zahl, die in Anbetracht der alljährlichen Ausreisen eine grössere Reduktion hätte ergeben müssen als sie effektiv eingetreten ist. Aber man hat vor allem unterschätzt, wie sich die Ausnahme von der Einreisebeschränkung für Personal von Spitälern, Schulen usw. auswirken werde. Die Ausnahme im besonderen hatte zur Folge, dass weniger reduziert wurde als man vorhatte. Die Lücke ist durch neue Vorschriften geschlossen worden, die einen Rückgang der Erwerbstätigen um rund 10'000 pro Jahr aus-

lösen. Gleichzeitig nimmt der Zuwachs der Nichterwerbstätigen ab. Die Vorschriften garantieren, dass die Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung noch in diesem Jahrzehnt stabilisiert wird.

Zu dieser Stabilisierung kann es nur ein unbedingtes Ja geben, auch wenn sie sehr schmerzlich ist. Sie hat aber niemals die schweren Folgen der Initiative. Es muss aber auch ein unbedingtes Ja geben zu einer Ausländerpolitik, die nicht bei den zahlenmässigen Beschränkungen stehen bleibt, sondern für eine vernünftige Eingliederung all jener Ausländer sorgt, die längere Zeit in der Schweiz leben. Das sind wir uns schuldig, und das hilft, Spannungen abzubauen. Was hingegen die Initiative will, schafft neue Spannungen und immense Schwierigkeiten.

Deshalb am 20. Oktober: Initiative Nein.